

# „Griechenland aus Euro raus“

**Interview:** Hermann Otto Solms (FDP) fordert Stopp der Rettungspolitik – „Wir haben aus Fehlern gelernt“

VON PETRA WETTLAUER-POHL UND TIBOR PÉSZÁ

**KASSEL.** Er ist 76 Jahre alt, saß 33 Jahre für die FDP im Bundestag und will es nun noch einmal wissen: Hermann Otto Solms erwartet den spannendsten Wahlkampf seit 1990.

Herr Solms, vor der Bundestagswahl 2013 waren Sie in einer Kampfkandidatur um den hessischen Spitzenplatz unterlegen und haben dann ganz verzichtet. Was treibt Sie, jetzt noch einmal zu kandidieren?

**HERMANN OTTO SOLMS:** Das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag 2013 war eine Herausforderung für mich. Wir haben Fehler gemacht, aber auch daraus gelernt. Ich bin überzeugt davon, dass wir die liberale Stimme in Deutschland brauchen.

Was läuft falsch nach Ihrer Meinung?

**SOLMS:** Die Welt verändert sich dramatisch durch die Digitalisierung, die Globalisierung, die Krisen in Europa. Aber die Bundesregierung ergeht sich in Besitzstandswahrung, sie hechelt hinterher, statt vorausschauend Politik zu machen und sich auf die Dinge zu konzentrieren, die sie regeln sollte.

Nennen Sie uns ein Beispiel?

**SOLMS:** Herausragend ist natürlich die Flüchtlingspolitik. Statt zu handeln, hat der Staat die Dinge der Zivilgesellschaft und den Kommunen überlassen.

Was muss er nach Ansicht der FDP tun?

**SOLMS:** Wir haben eine umfangreiche gesetzliche Grundlage. Allerdings müssen die Gesetze auch angewendet werden. Dazu fehlt der Bundesregierung der Mut. Was wir in Ergänzung noch brauchen, ist ein Gesetz, das die freie Zuwanderung stoppt und sie etwa nach dem Vorbild Kanadas steuert.

Viele sehen auch ein Versagen Europas. Hat nicht der vieltimmige Chor europäische Ideale in die Krise gedreht?

**SOLMS:** Vielen Menschen ist nicht mehr bewusst, wie sehr wir auf Europa angewiesen sind. Sie meinen, der Frieden sei selbstverständlich. Er muss aber immer erneut gesichert werden, und das kann nur im europäischen Verbund gelingen. Brüssel übertreibt die Regulierung im Einzelfall. Die Bürger können selbst entscheiden, welche Glühbirne



Die Angst vor einem Grexit führte schon 2015 dazu, dass die Menschen in Schlangen vor den Geldautomaten standen – wie hier in Athen –, um ihre Konten zu leeren. Foto: dpa

oder welchen Staubsauger sie kaufen. Die Mitgliedstaaten schieben Fehler gerne auf die EU, Erfolge heften sie sich an. So wird Europa schlecht geredet. Und dazu kommt noch, dass viele Länder über ihre Verhältnisse leben, Schulden machen und damit den Stabilitätspakt aufweichen.

Hat nicht auch die FDP in ihren letzten Regierungsjahren mitgemacht bei der Rettungspolitik für Griechenland?

**SOLMS:** Das war ein Fehler. Wir hätten dringend eine Grenze ziehen müssen, ich bin sicher, dann wären wir auch wiedergewählt worden.

Was fordert die FDP jetzt?

**SOLMS:** Griechenland muss aus dem Euro raus. Dann könnte auch ein Teil der Schulden erlassen werden. Dies muss durch eine Art Marshallplan ergänzt werden, der nicht den Staat, sondern die Wirtschaft dabei unterstützt, wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Was will die FDP in der Energiepolitik ändern?

**SOLMS:** Das erneuerbare Energiengesetz muss abgeschafft werden. Es ist ein Subventionsprogramm für die Erzeuger allein zulasten der Verbraucher.

Wollen Sie denn die regenerativen Energien behindern?

**SOLMS:** Nein, der technologische Fortschritt ist längst so



Zur Person: Hermann Otto Solms (FDP)

Hermann Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich (76) ist als Hermann Otto Solms einer der bekanntesten deutschen Politiker. Der Schatzmeister der FDP und ehemalige Bundestags-Vizepräsident war von 1980 bis 2013 im Bundes-

tag. Jetzt kandidiert der 1940 geborene Licher wieder für die Wahl im Herbst. Der promovierte Agrarwissenschaftler und Unternehmer ist seit 1971 in der FDP. Er ist in zweiter Ehe verheiratet und hat drei Töchter. (tpa) Foto: Hedler

weit, dass sie zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden können. Ein verschärfter europäischer Emissionshandel sollte das unterstützen.

Mit Martin Schulz ist ein neuer Spieler auf dem Feld, der die SPD in ungeahnte Höhen führt. Wie erklären Sie sich das?

**SOLMS:** Schulz gibt den SPD-Anhängern wieder eine Perspektive, auch wenn ich seine Rezepte für falsch halte. Wir wollen keine Frühverrentung über verlängertes Arbeitslosengeld I, wir wollen einen flexiblen Übergang in die Rente ohne das Fallbeil einer festen Altersgrenze. Mindestlohn und Rente mit 63 waren falsch und haben auch bei der Mehrheit der Arbeitnehmer nicht gezündet.

Was zündet denn?

**SOLMS:** Eine Kehrtwende bei den laufenden Steuer- und Abgabenerhöhungen. Eine Energiepolitik, die Bürger entlastet und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wiederherstellt und eine klare Haltung in der Flüchtlingspolitik. Denn die Flüchtlingswelle hat das Vertrauen vieler Menschen in die Bundesregierung erschüttert und damit das politische Bewusstsein geweckt. Ich glaube, die Bundestagswahl wird so spannend wie seit 1990 keine mehr.

Ihr Tipp?

**SOLMS:** Wir werden stärker als die Grünen. Die haben keine politische Agenda mehr.

## Was ist liberal?

Auf diese Frage sagt Hermann Otto Solms: Liberal ist der in Eigenverantwortung und geistiger Unabhängigkeit handelnde Bürger. Damit er dazu in der Lage ist, brauche es drei Voraussetzungen.

- **Bildung:** Nur wer Wissen und Bildung hat, kann Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge gewinnen. Verantwortlich handeln kann, wer Überblick hat.
- **Soziale Marktwirtschaft:** Für einen Liberalen hat der Staat die Funktion, Regeln zu setzen und zu garantieren. Aber innerhalb dieser Regeln müsse der Staat sich aus dem freien Wettbewerb seiner Bürger heraushalten.

- **Recht:** Der Staat müsse das Recht seiner Bürger schützen. Hier sieht Solms auch das Alleinstellungsmerkmal der FDP im Parteienspektrum: Sie sei die einzige Partei, die den Staat in Diensten seiner Bürger sieht, nicht umgekehrt. (tpa)

## Kopf des Tages



Präsident ohne Regierung: Gorge Ivanov (56). Foto: dpa

## Er lässt Mazedonien warten

Präsident Gorge Ivanov bewältigt Krise nicht

VON MAX MORRISON

Ein Land versinkt in Chaos. In Mazedonien gibt es keine handlungsfähige Regierung, das Parlament ist ohne Führung, und bald gibt es auch keine Bürgermeister mehr. Lediglich Präsident Gorge Ivanov bleibt an der Macht. Seit sieben Jahren ist er Mazedoniens Präsident. Der 56-Jährige will um jeden Preis verhindern, dass die Opposition an die Macht kommt. Hintergrund sind Korruption, Kriminalität, Gängelung von Justiz und Medien – und ein Streit um nationale Identität.

Die Sozialdemokraten, stärkste Kraft bei den Wahlen im vergangenen Dezember, wollen mit drei Albaner-Parteien eine Koalition gründen. Dabei soll die albanische Sprache der mazedonischen gleichgestellt werden. Dies gefährde jedoch die Einheit des Landes, so Ivanov. Er verweigerte den Regierungsauftrag. Denn dem bisherigen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski (46) wird Korruption vorgeworfen. Mehrere Parteimitgliedern der VMRO-Partei, der Gruevski angehört, drohen Haftstrafen. Das Kalkül von Ivanov, der der VMRO nahesteht, und von Gruevski: Bei Neuwahlen könnte sich das Machtverhältnis wieder zu ihren Gunsten verschieben und mögliche Verurteilungen ausbleiben.

Ivanov ist Politikwissenschaftler, war Professor an der Universität der mazedonischen Hauptstadt Skopje. Geboren wurde der Verfasser mehrerer wissenschaftlicher Publikationen im Südosten Mazedoniens, nahe Valandovo. Mehrere Auszeichnungen und Ehrendokortitel wurden ihm im Laufe der Jahre verliehen. Ivanov ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Nach dem Zerfall Jugoslawiens schloss er sich keiner Partei mehr an, unterstützt die VMRO jedoch als Berater.

Zwar gibt sich Ivanov als Befürworter eines multiethnischen Mazedoniens, doch bislang lässt er Nikola Gruevski die Stimmung im Land weiter anheizen. Der ruft seine Anhänger immer offener zu Gewalt gegen die albanische Minderheit auf. Bei Demonstrationen wurden bereits kritische Journalisten attackiert. Ein Viertel der zwei Millionen Einwohner Mazedoniens sind Albaner.

Diese Woche wurde das Museum der albanischen Sprache in süd-mazedonischen Bitola mit Molotowcocktails angegriffen. Ivanov schweigt – und wartet. Bisher konnten weder Brüssel noch Washington ihn zum Einlenken bewegen.

## US-Truppen weiten Kampf gegen IS aus

**WASHINGTON.** Die US-Truppen unterstützen die Offensive auf Raka, die Hochburg der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien, mit Artilleriegeschützen. Das bestätigte ein US-Vertreter.

Mit der Stationierung wird die Beteiligung regulärer US-Truppen am Kampf gegen die IS-Miliz in Syrien deutlich ausgeweitet. Bisher hat Washington rund 500 Soldaten zur Unterstützung der kurdisch-arabischen Rebellenallianz Demokratische Syrische Kräfte (SDF) entsandt, darunter Spezialkräfte, Ausbilder und Sprengstoffexperten. Die US-Soldaten helfen außerdem bei der Koordinierung der Luftangriffe der Militärallianz. (afp)

## Wie sicher ist Nordafrika?

Heute im Bundesrat: Gesetz über sichere Herkunftsstaaten ist umstritten

**BERLIN.** Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung, Algerien, Tunesien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, ist im Bundesrat weiterhin keine Mehrheit in Sicht. Gerade in Marokko und Algerien seien schwere Menschenrechtsverletzungen, politische Verfolgung, Tötungen und Folter verbreitet, erklärte die innenpolitische Sprecherin der Links-Fraktion, Ulla Jelpke, gestern in Berlin. Und in allen drei Maghrebstaaten würden Schwule und Lesben verfolgt.

Auf Antrag Bayerns befasste sich die Länderkammer heute erneut mit dem Gesetzentwurf. Vorbehalten kommen vor allem aus Ländern mit Regie-

rungsbeteiligungen von Grünen und Linken. Von den Ländern, in denen Grüne mit in Koalitionen sitzen, unterstützt nur das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer.

Mit einer Einstufung als sichere Herkunftsländer könnten Asylanträge von Menschen aus diesen Staaten als offensichtlich unbegründet abgelehnt und die Verfahren beschleunigt behandelt werden. Sichere Herkunftsländer sind Staaten, von denen angenommen wird, dass es dort keine politische Verfolgung oder unmenschliche Bestrafungen gibt.

Das Gesetz bedarf der Zu-

stimmung des Bundesrats. Trotz Zustimmung Baden-Württembergs fehlten gestern Nachmittag immer noch 13 Stimmen für die nötige Mehrheit von 35 Stimmen. Fällt der Gesetzentwurf durch, können die Bundesregierung oder der Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen.

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner warf den Grünen eine „Blockadehaltung“ bei dem Thema vor. Die Grünen „verschließen die Augen vor der Realität“, sagte Lindner.



Christian Lindner

„Wir brauchen Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingskrise“, forderte der FDP-Chef und verwies auf die extrem niedrigen Anerkennungsquoten von Flüchtlingen aus den Maghrebstaaten, die zwischen einem und zwei Prozent liegen.

Zahl der Flüchtlinge sinkt

Die Zahl der Flüchtlinge aus den drei Maghrebstaaten ging im vergangenen Jahr deutlich zurück. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registrierte nach Informationen der Bild-Zeitung rund 8000 Flüchtlinge aus Algerien, Marokko und Tunesien. Im Jahr zuvor waren es noch 25 000. (dpa)